

immer als vorläufige, für neue Einsichten offene Entscheidungen gelten.¹⁴ Es muss ständig deutlich sein, „dass es in synodalen Gremien am Ende nicht um Richtungsentscheidungen zuungunsten einer Minderheit gehen kann, sondern dass die Arbeit dieser Gremien auf religiös begründete *Einmütigkeit*, auf die – gerade im Konflikt bewährte – *Einheit* der Kirche zielt.“¹⁵

Im Mittelalter waren die Synoden reine Amtsträger- oder Kleriker- oder gar nur Bischofssynoden. Die Reformation veränderte das, weil allen Getauften derselbe Geist und dieselbe Kompetenz in der Kirche auch in Bezug auf ihre Leitung zuerkannt wurde

Synoden als Ausdruck der Konziliarität der Kirche

Unter dem Anstoß, der vom 2. Vatikanischen Konzil ausging, befasste sich die Ab-

teilung für Glaube und Kirchenverfassung des Ökumenischen Rates der Kirchen im Jahr 1968 mit der Frage der Konziliarität der Kirche. Konziliarität wurde als Existenzial der Kirche bezeichnet.¹⁶

Die Kirche als die Gemeinschaft der Verschiedenen, die tief verwurzelt ist in den sozialen und kulturellen und politischen Kontexten, hat den Auftrag, jene „Einheit in versöhnter Verschiedenheit“ zu verwirklichen und vertraut darauf, dass der Heilige Geist sie zur Fülle der Wahrheit und Liebe führt.¹⁷ Deshalb gehören in der synodalen Arbeit die gemeinsamen Beratungen und Entscheidungen ebenso dazu wie das gemeinsame Gebet und die Feier des Gottesdienstes. So lässt sich die Kirche als Werkzeug Gottes für die Versöhnung gebrauchen und kann – wo und wann immer der Heilige Geist will – bereits hier und jetzt ein Zeichen für die versöhnte Menschheit sein. ■

14) Jan Hermelink
(Anm. 3), 249.

15) Jan Hermeling
(Anm. 3), 247 spricht
treffend von einer
„Einheit im Konflikt,
die die evangelische
Kirche auszeichnet“.
(250).

16) Wolfgang Huber
(Anm. 2), 340.

17) So die Kommission für
Glaube und Kirchen-
verfassung, nach: Jan
Hermelink (Anm. 3),
248.

Kulturkampf im Hause des Islam

■ URSULA BAATZ



Ursula Baatz, ist
Religionswissenschaftlerin
und Philosophin.
Langjährige Redakteurin
im ORF Hörfunk.
Buchautorin.

Die Vorgänge im arabischen Raum und in der islamischen Welt werden von hiesigen Medien nur am Rande wahrgenommen. Wenn in Ägypten Befürworter einer demokratischen Entwicklung gegen eine Präsidialdiktatur auf die Straße gehen, spricht man von Krawallen. Der Präsident „bleibt hart“ steht in den Schlagzeilen, wenn er dem Militär erlaubt, Zivilisten festzunehmen. Derweil berichten manche Blätter mit Genuss über die gefährlichen Muslimbrüder – aber über die Demokratie-Bewegung, über die Bürgerinnen und Bürger, die ihr Leben oder wenigstens ihre Gesundheit für ein demokratisches Ägypten einsetzen, darüber berichtet kaum ein Medium. Und das war

schon im „Arabischen Frühling“ so – man berichtete über „Unruhen“, die österreichische Touristen gefährden und ähnliches. Es scheint, als ob Europa an einer demokratischen Entwicklung im Maghreb nicht wirklich interessiert ist. Oder vielleicht hält man dies auch nicht für möglich, weil „die“ doch eh alle Muslime sind, mit Ausnahme von ein paar Christen. Dass sich Muslime ernsthaft für Demokratie einsetzen könnten, scheint vielen kaum vorstellbar und jedenfalls kein interessantes Thema. Das Problem liegt dabei offenkundig im (medialen) Auge des Betrachters, das dazu neigt, autoritäre, undemokratische Situationen kognitiv zu bevorzugen. ■